



Stellungnahme zu TOP 2

der Sitzung des Haupt & Finanzausschusses vom 27.09.2022

Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016

hier: Beschlussfassung und Entlastung des Gemeindevorstandes gemäß § 114

Abs. 1 HGO

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016

Einer Entlastung des Gemeindevorstandes bezüglich des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 werden die Freien Wähler nicht zustimmen.

Der Schlussbericht Jahresabschluss 2016 vom 14.07.2022 mit mehr als 100 Seiten wurde wieder bewusst erst 2 Monate nach Vorlage zur Durcharbeitung übergeben.

Offensichtlich haben die Gemeindevertreter von SPD und CDU im Laufe des letzten Jahres wenig aus der Situation gelernt und auch die Gründe der letzten Ablehnung der Jahresabschlüsse 2013/2014 und 2015 und die nicht Entlastung des Gemeindevorstandes von Seiten der Freien Wähler bis heute nicht verstanden. Wer seit Jahren Politik ausschließlich im Alleingang macht, geht natürlich davon aus, dass alles weiterläuft wie immer. Das ist ein Irrglaube. Wenn man Diskussionen mit der Mehrheit abwürgt und sinnvolle Fragen, welche von Seiten der Freien Wähler gestellt werden, lustlos und unmotiviert noch nicht einmal ansatzweise beantwortet und dabei die Fakten zusätzlich und vorsätzlich auch noch verdreht, muss sich am Ende nicht über die grundsätzliche Unzufriedenheit, auch von Seiten der Bevölkerung wundern.

Folgende Gründe führten zu der Entscheidung der Freien Wähler:

1. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben gemäß § 28 Abs.1 GemHVO konnte für das Haushaltsjahr 2016 wieder nicht durch eine Dokumentation nachgewiesen werden. Dies wurde bereits auch für die Haushaltsjahre 2013/2014 und 2015 bemängelt. Laut Erläuterung der Gemeinde (dies war auch schon für die Jahre 2013/2014 und 2015 der Fall !) wurde, um der, von der Revision geforderten Dokumentation nachzukommen



mit dieser eine Vorlage abgestimmt, die seit 2019 Anwendung finden sollte. Ob dies der Fall ist kann von uns zurzeit nicht nachvollzogen werden.

2. Die Vorlage der Haushaltssatzung 2016 bei der Aufsichtsbehörde erfolgte, wie bereits 2013/2014 und 2015 wieder nicht fristgerecht.
3. Aus unserer Sicht ist die Gemeinde Löhnberg immer noch nicht in der Lage ihre reellen Kostenstrukturen abzubilden und eine wirksame Haushaltssteuerung zu gewährleisten.

Solange von den Freien Wählern mangelnde Berichterstattung, Transparenz und Verschleppung von vorgeschriebenen Vorlagen von Dokumenten und Berichten (siehe hier auch Beteiligungsberichte) erkennbar ist, werden wir den Gemeindevorstand gemäß § 114 Abs.1 HGO nicht entlasten.

Im Folgenden fügen wir den Pressebericht vom 08.11.2019 aus dem Kommunalbericht 2019 bei.

Hessischer Rechnungshof Pressemitteilung Kommunalbericht 2019

Bitte nicht nachmachen!

Wie kommunale Schulden entstehen, verdeutlicht das Beispiel der Gemeinde Löhnberg: Die Kommune erhöhte trotz Teilnahme am kommunalen Schutzschirm (Entlastung von 4,8 Mio. Euro) ihre Schulden zwischen 2013 und 2017 um 4,1 auf 36,5 Millionen Euro. Ursächlich hierfür waren insbesondere die Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses und zweier Hybridrasenplätze für zusammen 5,6 Millionen Euro, die überwiegend kreditfinanziert waren. Für diese investiven Maßnahmen wurden – entgegen der gesetzlichen Vorgabe – zuvor weder die Wirtschaftlichkeit untersucht noch die Folgekosten ermittelt. Zudem zeigten sich Fehler in den Gebührenkalkulationen und im Haushaltssicherungskonzept. Beim Schutzschirm wurden die vereinbarten Ziele deutlich verfehlt und die Konsolidierungsberichte waren fehlerhaft. Der letzte vorgelegte Jahresabschluss betraf das Jahr 2014. Für die Folgejahre fehlen die Jahresabschlüsse. Das Land hat in 2018 im Rahmen der Hessenkasse neun Millionen Euro an Kassenkrediten abgelöst. „Ohne aktuelle belastbare Datenbasis kann keine Transparenz für die Entscheidungsverantwortlichen und die Bürger hergestellt werden. In der Folge sind auch keine rationalen Entscheidungen möglich“, so Wallmann. „Auffällig war zudem, dass das Regierungspräsidium Gießen die Haushalte trotz fehlender Jahresabschlüsse ab 2015 genehmigte. Auch das Nichterreichen der Schutzschirmziele wurde nicht moniert.“

Wir bleiben dran!

Freie Wähler – Bürger für Bürger e.V.

Vorsitzender: Carsten Kaps | Forsthausstraße 2 | 35792 Löhnberg

Telefon: +49 6471 9898955 | Fax: +49 6471 62296 | info@fw-löhnberg.de | www.fw-löhnberg.de

Eingetragen unter VR 1736 beim Amtsgericht 65549 Limburg